

### Dringlicher Antrag

der Abg. Klubvorsitzenden Wanner, Dr.<sup>in</sup> Dollinger, Ing. Mag. Meisl, Ganitzer, Dr.<sup>in</sup> Klausner,  
Mösl MA, Thöny MBA und Dr. Maurer betreffend die Kinderbetreuungs milliarde

Die Covid-19-Pandemie hat erneut die große Bedeutung der Kinderbetreuung und Elementarbildung für Gesellschaft und Wirtschaft unterstrichen. Vor allem Frauen stehen unter hohem Druck. Erwerbstätige Mütter sind von der Covid-19-Pandemie doppelt betroffen und werden durch die schlechte Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sukzessive aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Die SozialpartnerInnen und die Industriellenvereinigung haben daher ein gemeinsames Forderungspapier zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt, die zentrale Forderung ist ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag.<sup>1</sup>

Gerade bei der Elementarpädagogik im Kindergarten braucht es neben dem Rechtsanspruch auf den Kinderbetreuungsplatz dringend ein Bundes-Rahmengesetz, um einheitliche und hochwertige Mindeststandards zu gewährleisten. Um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, braucht es flächendeckende, leistbare und qualitätsvolle Kinderbetreuungsangebote in ganz Österreich. Nur so haben vor allem Frauen eine Wahlfreiheit und die Möglichkeit, ihre Erwerbskarriere mit dem Familienleben besser zu planen und können, wenn gewünscht, nach der Karenz schneller in den Beruf zurückkehren. Das wirkt sich wiederum positiv auf das Einkommen und die Pension aus.

Die Bundesregierung unter Kanzler Kern und Vizekanzler Mitterlehner plante bereits 2016 den richtigen Schritt in Form von Investitionen in die Kinderbetreuung in der Höhe von € 1,2 Mrd. Damit sollte in ganz Österreich die kostenlose Nachmittagsbetreuung an Schulen eingeführt und die Kinderbetreuung vorangetrieben werden - inklusive einem Rechtsanspruch für jedes Kind. Mitterlehner und die ÖVP schienen einverstanden.

Die bekannt gewordenen Chat-Verläufe zwischen Kurz (ÖVP) und Schmid (ÖVP) dokumentieren, wie die türkise Familie um Kurz und dieser selbst aus Machtgier, eiskaltem Kalkül und Egoismus, Errungenschaften für Kinder, Eltern und insbesondere Frauen verhinderten, um selbst an die Macht zu kommen. Schmid bezeichnete das Mitterlehner-Kern Vorhaben als „geiles Programm“. Kurz war der eigene Vorteil wichtiger, als der Vorteil für hunderttau-

---

<sup>1</sup> [Microsoft Word - SPS\\_IV Herbstoffensive Vereinbarkeit Familie und Beruf\\_FINAL\\_\(1\).docx](#)

sende Familien, Frauen und Kinder. Es gab keinen Aufschrei der selbst ernannten Familienpartei ÖVP. Es gab dabei keinen Aufschrei von ÖVP-Landeshauptmann Haslauer, für Salzburgs Familien, Frauen und Kinder.

Die Vernachlässigung unserer Kinder und Familien durch die Bundesregierung zeigt sich auch darin, dass sie sich nicht um den „Nachwuchs“ und die Verbesserungen der Einkommensbedingungen in der Elementarpädagogik kümmerte. Mittlerweile haben wir aufgrund der Macht- und Klientelpolitik der ÖVP unter Kanzler Kurz nicht nur einen Fachkräftemangel in der Pflege, sondern auch in der Elementarpädagogik.

In Salzburg mussten bereits Gruppen geschlossen werden, weil es zu wenige Elementarpädagoginnen und -pädagogen gibt und sich zu wenige finden, die diesen Beruf noch ausüben möchten. Dieser Fachkräftemangel hätte, bei rechtzeitigem Handeln, abgewendet werden können.

Das Vorhaben, € 1,2 Mrd. für die Kinderbetreuung und somit ein besseres Bildungs- und Betreuungsangebot für die Kinder sowie für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu investieren, bleibt nach wie vor unabdingbar.

Dem Land Salzburg sind, sofern man den üblichen Aufteilungsschlüssel gem. Artikel 15 a B-VG Vereinbarung für Elementarpädagogik in der Höhe von ca. 6,364 % heranzieht, durch die egoistische Entscheidung von Kurz ca. € 76 Mio. für die Kinder und Familien im Bundesland Salzburg bewusst geraubt worden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

dringlichen Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, umgehend im Bundesfinanzrahmen zusätzliche € 1,2 Mrd. für den Ausbau für Kinderbetreuung in Österreich sowie den Ausbau von Nachmittagsbetreuung und ganztägigen Schulformen bereitzustellen, um so rasch einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag umzusetzen.
2. Weiters wird die Salzburger Landesregierung aufgefordert,
  - 2.1. für den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und Drei- bis Sechsjährige die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, sodass die Barcelona-Zielwerte aber mit den sogenannten VIF-Kriterien bis 2025 erreicht werden,

- 2.2. den Gemeinden die Mittel für den Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung inklusive der notwendigen Infrastruktur, wie zum Beispiel den Bau von Großküchen zur Verköstigung der Schulen und Kindergärten mit frisch gekochtem Essen, zur Verfügung zu stellen und
- 2.3. gemeinsam mit den Gemeinden ein attraktives Angebot für bereits ausgebildete Elementarpädagoginnen und -pädagogen zu schnüren, um diese für die Kinderbetreuungseinrichtungen zurückzugewinnen.
3. Dieser Antrag wird dem Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Für diesen Antrag wird gemäß § 60 Abs. 4 GO-LT die Zuerkennung der Dringlichkeit begehrt.

Salzburg, am 10. November 2021

Wanner eh.

Dr.<sup>in</sup> Dollinger eh.

Ing. Mag. Meisl eh.

Ganitzer eh.

Dr.<sup>in</sup> Klausner eh.

Mösl MA eh.

Thöny MBA eh.

Dr. Maurer eh.